

Mit Sozialklauseln die Globalisierung abfedern

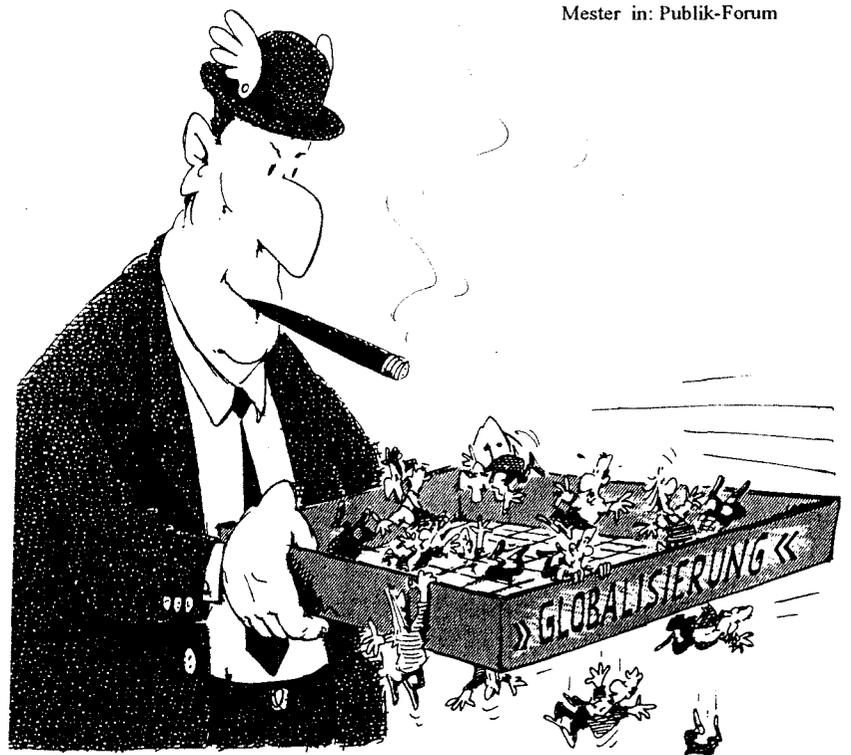
Ein *forum*-Gespräch mit Premierminister Jean-Claude Juncker

In der Serie über die Zukunft Luxemburgs angesichts der Herausforderungen, welche die Globalisierung der Märkte und die europäische Integration an ein kleines Land stellen, brachte *forum* schon Politikergespräche mit Jeannot Krecké (Nr. 168) und Muck Huss (Nr. 170). Ein ausführliches Gespräch mit dem christlich-sozialen Premier-, Finanz- und Arbeitsminister Jean-Claude Juncker war schon mehrmals geplant, kam aber aus unterschiedlichen Gründen (u. a. weil wir anfangs 1996 nicht in die damals ausgebrochene Junckermania einstimmen wollten) erst am 13. Februar 1997 zustande. Unsere Reihe wird fortgesetzt. Reaktionen zum vorliegenden Interview sind selbstverständlich willkommen.

Finanzpolitik im kleinen Raum

forum: Warum muß der Luxemburger Staat sparen? In anderen europäischen Ländern kann man vertehen, daß die Regierungen rigorose Sparmaßnahmen ergriffen haben, um die Konvergenzkriterien des Euro zu erfüllen. Das kann aber nicht der Grund in Luxemburg sein, da wir diese Kriterien alle, insbesondere jenes betreffend die Staatsverschuldung, haushoch erfüllen. Warum dann predigt die Luxemburger Regierung Sparpolitik?

Jean-Claude Juncker: Erstens muß man, glaube ich, bei nüchterner Betrachtung feststellen, daß die praktizierte Sparpolitik nicht so rigoros ist wie die Predigt, die zum Sparen einlädt. Zweitens sparen die übrigen EU-Staaten nicht, um den Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrags gerecht zu werden - das mögen sie nebenbei auch tun -, sondern um ihre Staatsschuld und ihre Haushaltsdefizite abzubauen. Eine Regel des gesunden Menschenverstands will, daß man auf Dauer nicht mehr Geld ausgeben kann als man zur Verfügung hat, da man ansonsten auf Kosten der kommenden Generationen lebt. Drittens hat der Luxemburger Staat eine rigorose Finanzpolitik, aber er praktiziert keine Austeritätspolitik. Er macht keine Einschnitte im sozialen Leistungsnetz und verpaßt somit sogar die Chance, dieses Netz rechtzeitig umzubauen. Wenn er also ein engeres Finanzgebaren praktiziert, dann um zu verhindern, sich eines Tages in der Lage jener Länder wiederzufinden, die eine austeritätsorientierte Finanz- und Haushaltspolitik machen müssen, um zurückzukommen zu einer normalen Handhabung der öffentlichen Finanzen. Dann wird der Handlungsbedarf nämlich sehr akut und es muß im Hauruckverfahren gespart werden. Das geht aber sehr häufig einher mit einer schlechten Dosierung der Spargleichgewichte. Hauruckpolitik ist immer eine schlechte Politik, weil sie immer nur reagiert statt vorzubereiten. Insofern bin ich ein sehr



Mester in: Publik-Forum

konservativer Mensch. Ich bin der Überzeugung, daß ein kleines Land sich nicht in einem Maß verschulden darf, daß es das Risiko läuft, eines Tages den Rückgang einlegen zu müssen. Ich halte weder die politische Klasse, noch das Land als solches für fähig, massiv zu reagieren, wenn das eines Tages nötig sein sollte. Aus dieser Skepsis über unsere Reaktionsfähigkeit resultiert eine zurückhaltendere Finanzpolitik, die aber nicht notwendigerweise eine Sparpolitik nach dem Beispiel anderer EU-Länder ist.

Ich bin der Meinung, daß die Politik nicht imstande war, eine Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung zu formulieren. Wir haben auch in Europa eine Liberalisierung der Kapitalbewegungen herbeigeführt, und Luxemburg war dabei eines der *pushing countries*. Nun zirkuliert das Kapital frei und zwar auf eine sehr irrationale, in der realen Wirtschaft nicht nachvollziehbare Art und Weise und Geschwindigkeit.

Wenige wissen noch, daß der Luxemburger Staat in den 60er Jahren hochverschuldet war, bis zu 27% seines Bruttoinlandsprodukts. Und wenn wir adäquat auf den Umstrukturierungsprozeß in unserer Wirtschaft, bedingt durch den Rückgang der Stahlindustrie, reagieren konnten, dann dank inzwischen gesunder öffentlicher Finanzen, so daß wir den Verschuldungsspielraum zum Teil ausnutzen konnten. Es ist wenig bekannt, daß in den 60er Jahren in Luxemburg die Verschuldung höher lag als in den Nachbarländern, während das Wirtschaftswachstum niedriger lag. Nun verfügt aber ein kleines Land, vor allem wenn es nicht über eine monetäre Autonomie verfügt, nicht über die klassischen Reaktionsmöglichkeiten, um auf ein Entgleiten der Finanzlage zu reagieren. Luxemburg konnte nie Geld drucken. Luxemburg kann keine makroökonomischen Entwicklungen initiieren, weil wir nur ein winziges Segment der europäischen Wirtschaft darstellen. Wir können nie aus uns selbst eine Politik in die Wege leiten, die aus sich selbst heraus Energien entwickelt, die für den eigenen Raum profitbringend umgesetzt werden könnten. Unsere Politik bewegt sich also eher im Reflexraum eines Familienvaters oder eines Oberbürgermeisters einer deutschen Mittelstadt als einer monetär abgefederten Finanzpolitik, bei der man mit Ausweitung von Kapazitäten spielen kann, die Nachfrage verengen oder erweitern kann. Wir sind nicht Meister über die Rahmenbedingungen der Haushaltspolitik.

Daher unsere Überzeugung, daß man nicht mehr Geld ausgeben soll, als man zur Verfügung hat. Das kann ein Großer sich erlauben, da er einfacher an das Geld anderer herankommt als wir. Die Amerikaner lassen sich ihr Budgetdefizit vom Rest der Welt bezahlen. Wir müssen unser Budgetdefizit auf Heller und Pfennig selbst bezahlen.

forum: Im Rahmen der Globalisierung, Deregulierung usw. übernehmen die Akteure der Finanzmärkte und der multinationalen Gesellschaften immer stärker die Steuerung der Weltwirtschaft. Welche Rolle spielt da noch der Politiker? Bleibt ihm nur noch die Arbeit der Feuerwehr zu leisten, wenn der Brand auszufern droht?

Jean-Claude Juncker: Ich bin durchaus der Meinung, daß die Politik nicht imstande war, eine Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung zu formulieren. Dabei möchte ich anmerken, daß dieses Verhalten für die Politik nicht untypisch ist. Die Politik hat die Globalisierung ermöglicht durch politische Entscheidungen. Wir haben auch in Europa etwa 1990 eine Liberalisierung der Kapitalbewegungen herbeigeführt. Und Luxemburg war dabei eines der *pushing countries*, weil wir als sechstgrößtes Finanzzentrum der Welt ein Interesse daran haben, daß das Kapital frei zirkulieren kann. Nun zirkuliert das Kapital frei und zwar auf eine sehr irrationale, in der realen Wirtschaft nicht nachvollziehbare Art und Weise und Geschwindigkeit. Das Welt-BIP beträgt 30 000 Milliarden Dollar und jeden Tag drehen 15 000 Milliarden Dollar auf den Finanzmärkten. Würden die Finanzmärkte reflektieren, was in der Weltwirtschaft geschieht, müßte man also davon ausgehen, daß die Weltwirtschaft sich jeden Tag zur Hälfte häutet. Das tut sie aber nicht. Das bedeutet, daß die Kapitalbewe-

gungen die Ereignisse der realen Wirtschaft nicht mehr widerspiegeln. Da bewegt sich viel spekulatives, volatiles Finanzmaterial. Das führt dazu, daß eigentlich keine politisch errichtete Norm dem Drang und dem Drall der Finanzmärkte zu widerstehen imstande ist. Ich halte das für einen von der Politik nicht kontrollierten, planetarischen Finanzvorgang. Wir haben es zugelassen, daß die Welt sich tagtäglich in unsern Dörfern meldet, und wir meinen, das noch mit Verkehrsregeln aus der Zeit der Dorfpolizei regeln zu können. Weil dem so ist und weil das zu Verwerfungen geführt hat, entsteht bei der aussterbenden Spezies der Ordnungspolitiker ein Reaktionswille, dergestalt daß versucht wird, im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion den Begriff der wirtschaftspolitischen Ordnungsgewalt zu rehabilitieren. Weil dieser Reaktionswille besteht, entsteht auch der Versuch, über den Weg einer besser geordneten europäischen Union stärkeren Einfluß in den internationalen Währungsorganisationen zu bekommen, also z. B. den Internationalen Währungsfond auch mit ordnungspolitischen Aufgaben zu versehen. Dadurch entsteht etwa in Luxemburg - das kann ich nachweisen, auch wenn die Luxemburger eigentlich nichts davon merken - der starke Wille, die Konsequenzen der Globalisierung nicht unwidersprochen hinzunehmen. Wir sind z. B. das einzige Land der EU, das sein Arbeitsrecht nicht der frenetischen Deregulierungswelle unterworfen hat, weil wir (wobei zu fragen ist, wer sich mit 'wir' identifiziert) einfach behaupten, das Arbeitsrecht sei ein 'cordon sanitaire', der um die Arbeitsmärkte gelegt werden muß, unter dem Eindruck, Globalisierung impliziere nicht nur den Import von Produkten, sondern auch den Import von Sozialmodellen. Ich bleibe der Auffassung, daß es der europäischen Befindlichkeit und den luxemburgischen Zuständen nicht gut täte, wenn man alles in die Mülltonne schmeißen würde, was in Jahrzehnten von Generationen von Gewerkschaftlern und Sozialpolitikern aufgebaut wurde.

Im übrigen zeigt sich, daß es in einem kleinen Land einerseits einfacher und andererseits schwieriger ist, sich der frenetischen Deregulierungswelle zu widersetzen. Es ist einfacher, weil die politischen Verantwortungsträger noch leicht in ihrem direkten Umfeld überprüfen können, wie Entscheidungen dieses Typs sich auf die Lebensverhältnisse der Menschen auswirken. Andererseits ist es schwieriger, weil beim internationalen Kapital Unverständnis darüber herrscht, wieso ein Land, das zu den ersten Adressen von Kapitalbewegungen gehört, versucht, sich der Konsequenz der Kapitalbewegungen, der Konsequenz der Globalisierung und der Konsequenz der Modellimporte zu widersetzen.

forum: Es sieht doch danach aus, daß die europäische Zentralbank sich diesen arbeitsrechtlichen und sogar wirtschaftspolitischen Rücksichten nicht unterwerfen will. Ihre notwendige Unabhängigkeit nach deutschem Muster wird doch immer wieder betont.

Jean-Claude Juncker: Auch in Staaten, in denen es keine unabhängige Zentralbank gab, wurde die arbeitsrechtliche Deregulierung munter betrieben. Deregulierung geschah also nicht nur unter dem Druck

sich unabhängig gebärdender Zentralbanken. Deregulierung ist eine Mode, von der ich meine, daß sie von einem falschen Ansatz ausgeht, da sie von einem voll verantwortlichen Individualbürger ausgeht. Ich sehe den zwar auch, weiß aber, daß nicht jeder, der autonom ist, auch die Mittel seiner Autonomie hat. Für mich bleibt es bei der klassischen Aufsplitterung der Gesellschaft in Starke und Schwache. Trotz 150 Jahren Politik, gibt es immer noch Menschen, die nicht allein gehen können. Für mich gehört es zu den edlen Aufgaben der Politik, einen Blick für diese Menschen zu bewahren.

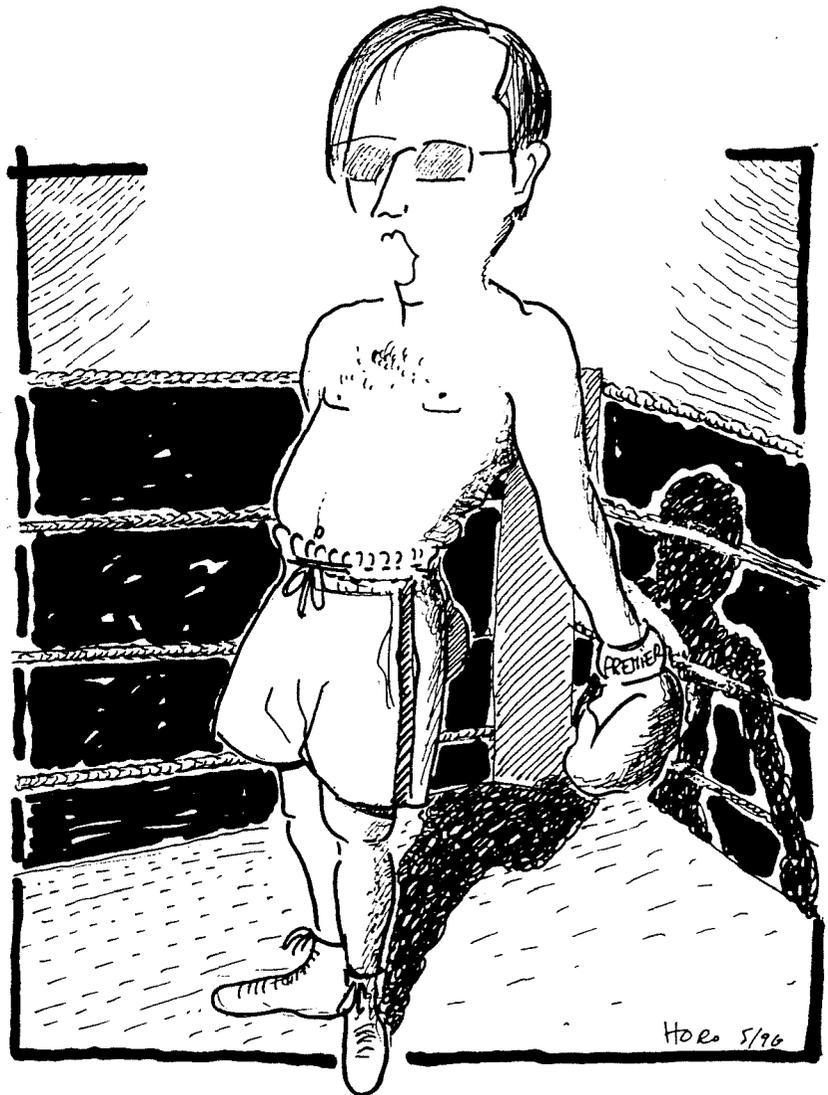
Die überhöhte Debatte um die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank - die es im übrigen noch gar nicht gibt, da sie erst 1999 in vollem Umfang ins Amt tritt - macht m. E. auch Abstraktion vom gesunden Menschenverstand. Es ist klar, daß die europäische Zentralbank unabhängig sein muß, um nicht dauernd politischen Interferenzen ausgesetzt zu sein. Solche führen nämlich nicht unbedingt zu einer guten Politik, da die Regierungen oft konjunkturelle Ansätze verfolgen, auf Kosten einer langfristigen Strukturpolitik. Ich bin also durchaus Anhänger einer unabhängigen europäischen Zentralbank, die der Preisstabilität verpflichtet ist, da ich auch ein scharfer Gegner einer inflationsantreibenden Politik bin, die sich im Endeffekt immer gegen die Schwächeren in der Gesellschaft auswirkt. Das mag man in Luxemburg nicht so recht spüren, weil wir zu den zwei einzigen Mitgliedsstaaten im Internationalen Währungsfond gehören, die noch die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preisentwicklung garantieren - und es bleibt noch zu klären, ob die 177 Staaten, die das nicht tun, recht haben oder ob Luxemburg und Belgien wohl tun. Daher merken wir die negativen Auswirkungen der Inflation in Luxemburg nicht so gut, umso weniger als wir uns zur Zeit in einem inflationsberuhigten gesamteuropäischen Raum bewegen.

forum: *Wenn wir uns nicht sogar in eine deflationistische Richtung bewegen ...*

Jean-Claude Juncker: Diese Gefahr wird zwar auch hochgeputzt, aber ich erkenne sie nicht, auch wenn ich sie nicht ausschließen möchte. Ich bin ja auch dagegen, Inflation zu bekämpfen, wo es keine gibt. Ich habe einzelne Zentralbanker durchaus im Verdacht, eine irrationale Haltung gegenüber der Inflationsgefahr einzunehmen.

Doch zurück zur Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank: deren Unabhängigkeit hat auch Grenzen. Niemand liest die Maastrichter Verträge. Darin steht, daß die europäischen Regierungen zuständig bleiben für den Außenwert des Euro, für sein Verhältnis zum Dollar, zum Yen. Der Maastrichter Vertrag - wie übrigens das Bundesbankgesetz in Deutschland - sieht vor, daß die Politik der europäischen Zentralbank der Wirtschaftspolitik der europäischen Regierungen nicht zuwiderlaufen darf. Der Präsident der europäischen Zentralbank muß sich vor dem Europaparlament verantworten. Der Präsident des Ecofin-Ministerrats hat Zugang zu den Gremien der europäischen Zentralbank. Die Finanzminister erlassen im Rahmen von Artikel 103 und 104 des EU-Vertrags

die finanzpolitischen Richtlinien. Die europäische Zentralbank kann also keineswegs im luftleeren Raum, jenseits von gut und böse, also eher im Bösen, alles tun. Außerdem ist es in demokratisch verfaßten Gesellschaften gar nicht denkbar, daß eine Zentralbank sich völlig isoliert von den Sorgen und Anliegen und Zielsetzungen der Gesellschaften. Das würde ja zu ihrer völligen Ablehnung führen.



Romain Hoffmann

Arbeitsrecht zum Schutz gegen Deregulierungen

forum: *Wenn - wie Sie sagen - bei uns die Indexanpassung noch geschieht, die Deregulierung also noch nicht vollständig ist, kommt das dann nicht daher, daß die Wirtschaftsakteure das noch tolerieren. Wenn mal der Druck von dieser Seite wächst, z. B. auch weil dank konkurrierender Steuervorteile ein Teil der Einnahmen wegfallen, ist dann die Regierung nicht gezwungen, trotzdem den Weg der Deregulierung zu gehen?*

Jean-Claude Juncker: Dieser Druck ist schon zu spüren. Den spürt derjenige, auf den er ausgeübt wird. Und das geschieht nicht immer öffentlich. Und Druck

ist immer gefährlich, wenn er nicht öffentlich ist. Es ist auch immer schwierig, mit nicht-öffentlichem Druck umzugehen. Wer dagegen zu argumentieren versucht, wird ja häufig behandelt, als vertrete er nur private Standpunkte. Ich empfangen in meinem Büro ja viele Investoren, viele Menschen, die hier im Lande und draußen massive Wirtschaftsinteressen zu



Die Qual der (Karne)wahl

Leiner
in: Letzebuurger Land 7.2.1997

vertreten haben. Deren Appell zur Vernunft in der Wirtschaftspolitik ist sehr oft ein deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl, dem man aber nicht nachgeben darf. Es ist das ein Grund, warum ich bewußt als Staatsminister auch Arbeitsminister bin. Auch die luxemburgischen Patronatsvertreter werden nicht müde, Deregulierungen zu verlangen. Die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter an den Preisindex wollen sie eh abschaffen. Viele meinen die derzeit niedrige Inflation sei ja ein guter Zeitpunkt dafür, da niemand die Folgen direkt bemerke. Diesem Versuch widerstehe ich. Bei der gestrigen Sitzung des ständigen Beschäftigungskomitees forderte das Patronat massive Flexibilisierungen, die an sich einer Deregulierung gleichkämen: mehr Zeitverträge an Stelle des unbefristeten Arbeitsvertrags als Regel, mehr Saisonarbeit, mehr Leiharbeit, Lockerung des Kündigungsschutzes, Überprüfen der Mindestlohnvorschriften. Derartige Forderungen sind mein tägliches Brot.

forum: Dabei kann man doch in den Nachbarstaaten, die dereguliert haben, nachvollziehen, daß das keineswegs viele neue Arbeitsplätze geschaffen hat.

Jean-Claude Juncker: Zu meinen klassischen, aber beweisbaren Sprüchen gehört, daß jene, die massiv dereguliert haben - wobei ich mich nicht gegen eine positive Flexibilisierung mit arbeitsmarktdienlichen Effekten wehre -, jene also, die fast blindlings dereguliert haben, nach dem Motto: Wenn man den Kündigungsschutz derart lockert, daß es einfacher wird 'Menschen freizusetzen', wie die Kapitalisten Entlassungen beschönigt bezeichnen, dann sei es auch einfacher Leute einzustellen, den Beweis für die Richtigkeit ihrer Theorie schuldig bleiben. Denn unter allen sozialistischen Regierungen in Europa - ich mache darauf aufmerksam, daß die Deregulierungen ja ein Phänomen der sozialistischen Regierungen sind, dem die Christdemokraten allerdings problemlos gefolgt sind -, die dereguliert haben, ist die Arbeitslosigkeit erst mal massiv gestiegen. Wenn Großunternehmer Menschen freisetzen dürfen - um diese zärtliche Terminologie der Kapitalisten beizubehalten -, dann machen sie das. Und bestenfalls erst nach acht, zehn Jahren reißt der Reflex ein, auch schneller jemanden einzustellen. Kaum Beachtung findet dabei die Sorge der einfachen Leute - ein Wort das ich ohne Gänsefüßchen gebrauche -, die sich stark verunsichert fühlen durch solche Praktiken. Ich will niemandem vorgaukeln, der mit 20 Jahren einen Stelle findet, daß er die bis 65 behalten wird. In meinen Augen trägt es aber wesentlich atmosphärisch positiv zur Befindlichkeit einer Gesellschaft bei, wenn die Menschen das Gefühl einer minimalen Sicherheit haben. Die absolute Sicherheit können Regierungen und Wirtschaften nicht mehr geben. Doch die Unsicherheit und Prekarisierung zum Alpha und Omega der Arbeitsmarktpolitik und der arbeitsrechtlichen Unordnung zu machen, dem muß man m. E. widerstehen. Sie fragten ja, ob es diese Tendenz in Luxemburg nicht gebe, ob die Konsensgesellschaft die Abwesenheit eines derartigen Drucks erkläre. Dem muß ich widersprechen, denn diesen Druck gibt es.

In unserer gestrigen Sitzung machte ich zu einem gegebenen Zeitpunkt den Vorschlag, mich aus der Diskussion wegzudenken, anzunehmen, ein anderer sei verantwortlich für die Arbeitspolitik, der diesem Druck nachgebe. Und solche gibt es in jeder Partei: in meiner Partei haben sie nichts zu sagen, in der sozialistischen Partei haben sie immer mehr zu sagen und in der demokratischen Partei haben sie noch nie was anderes gesagt. Es ist also durchaus denkbar, daß eines Tages einer eine andere Politik versucht. Ich bin überzeugt, daß wenn wir eines Tages 7-8% Arbeitslose haben, daß wir diese Politik dann auch machen werden. Dann wächst der Druck derart, obschon bewiesen ist, daß das nicht der richtige Weg ist. Das berührt bei mir den heiligsten Kern meiner politischen Überzeugungen. Ich kann nicht glauben, daß das Zerschlagen des Arbeitsrechts der einzige Weg aus der Beschäftigungskrise sein soll, da wir dann das soziale Modell des Kapitalismus aufgeben, der das Merkmal Westeuropas ist.

forum: Bisher leben wir ja noch auf einer Insel der Glückseligen in Europa ...

Jean-Claude Juncker: Nein, wir leben nicht auf einer Insel der Glückseligen, wir leben so als würden wir auf einer Insel der Glückseligen leben. Ich habe die

Erfahrung gemacht, daß Änderungen nur langsam durchgesetzt werden können, daß man eine Gesellschaft nicht durch zu markige Sprüche oder Vorgehensweisen verunsichern darf. Wir brauchen daher Fehler der anderen nicht nachzumachen. Wenn Sie zur Zeit die deutsche Rentendebatte verfolgen, stellen Sie fest, daß dort viel abgeschafft wird, was wir nie eingeführt hatten, obschon unsere Steuergesetzgebung auf der deutschen beruht. So brauchen wir z. B. nicht über die Besteuerung der Renten zu diskutieren, denn das tun wir seit es Renten gibt. Wir waren immer der Meinung, daß einer, der 100 000 Franken Rente oder Arbeitslosengeld bezieht genauso besteuert werden soll, wie einer, der 100 000 Franken Lohn erhält. Andererseits wiegen wir uns oft in der Illusion, daß uns in Luxemburg nichts geschehen kann. Und trotzdem ist schon bei den geringsten Eingriffen der Aufschrei enorm. Wenn ich die hysterischen Reaktionen sehe bei der materiell doch sehr harmlosen Reform, die von der Regierung im öffentlichen Rentensystem geplant ist oder das aufgeregte Gezeter höre, weil wir im privaten Rentensystem keine Strukturreform vorhaben, wenn das schon bei den hohen Standards, die wir erreicht haben, als die Luxemburger Version von Austeritätspolitik verstanden wird, dann bin ich dreifach bestärkt, das in der Tat so durchzuziehen wie vorgesehen, denn dann hat das Vorhaben fast schon eine pädagogische Wirkung. Doch Pädagogik allein ist in der Politik kein Argument. Ich halte es einfach notwendig, Probleme zu lösen, solange sie klein sind, weil ich uns für unfähig halte, große Probleme tatsächlich zu meistern. Darum will ich 1997 Problemlösungselemente auf den Weg bringen, damit sie greifen, wenn die Probleme 2015 akut wird.

forum: Wer soll denn diese Probleme zum Ausdruck bringen, angesichts des Bedürfnisses nach Sicherheit, das ja typisch für die Luxemburger ist? Solche Debatten werden doch bei uns sehr ungern geführt.

Jean-Claude Juncker: In der Tat kann man politische Normen nur sehr langsam in die Tat umsetzen. Das entspricht nicht meinem Gustos, aber das ist Regierungspolitik. Die mir in der Presse gemachten Vorwürfe, ich trete stets als Oberlehrer der Nation auf, führen zwar bei mir zu einer neuen Bescheidenheit im Ausdruck, aber nicht zu einer Bescheidenheit im Geist. Das möchte ich hier ausdrücklich festhalten. Ich rede jetzt freundlich, aber ich denke weiterhin aggressiv. In der politischen Aktion muß man langsam gehen, aber immer in die richtige Richtung. In der politischen Erklärung aber muß man, ohne die Menschen zu verunsichern, die Schwierigkeiten der heutigen Zeit und der kommenden Zeit richtig darstellen. Ich halte es eher für einen Unsicherheitsfaktor, einem intelligenten Volk vorzugaukeln, es werde in Zukunft keine Probleme haben. Wir leiden eher an einer Abwesenheit von Unruhe in diesem Lande. Und falls uns Unruhe packt, ist es stets Unruhe um den eigenen Nabel.

Wir haben immer versucht, andere Elemente in unsere Politik miteinfließen zu lassen. So z. B. die absolut notwendige Steigerung unserer entwicklungspolitischen Anstrengung. Das haben wir auch getan, auch wenn diese Anstrengung im Vergleich zum

Reichtum des Landes und zur Armut in der Welt weiterhin lächerlich bleibt. Diese Politik wird zur Zeit auch ohne Widerspruch mitgetragen. An dem Tag, da man sagen würde, wir müßten im Pensionswesen des öffentlichen Dienstes sparen, um unsere Entwicklungshilfe aufrechterhalten zu können, bricht die Fassade zusammen. Und trotzdem haben beide Sachen schrecklich viel miteinander zu tun.

Wir sprachen von Globalisierung und Kapitalbewegungen usw. Wir leben in außergewöhnlichem Ausmaß davon und kritisieren das trotzdem. Ich weiß nicht, ob bewußte Schizophrenie heilbar ist.

forum: Manchmal vielleicht besser nicht.

Jean-Claude Juncker: Ich bin der einzige, der in Luxemburg offensiv für eine europäische Steuerharmonisierung eintritt. Alle meine Amtsvorgänger haben sich massiv dagegen gewehrt. Im Parlament finde ich heftigen Widerspruch bis in die Reihen der Koalitionsparteien, wenn ich sage, wir müßten in Europa mehr Steuerharmonisierung betreiben, weil man nicht in eine Europäische Union hineinwachsen darf, in der das Kapital de facto gar nicht mehr besteuert wird und Arbeit immer höher besteuert wird, und wir müßten soziale Harmonisierung gleichschalten und vorschalten, wenn wir Steuerharmonisierung betreiben. Ich stelle nunmehr fest, daß sich ein Konsens zu diesen Positionen herauszuschälen beginnt, bis zu dem Tag, an dem wir in die real spürbare Steuerharmonisierung eintreten.

Weltwirtschaftspolitik statt nur Entwicklungshilfe

forum: Ich möchte das Stichwort Entwicklungshilfe nochmals aufgreifen. Wer forum kennt, weiß, daß wir diese Anstrengung der jetzigen Regierung sehr respektieren. Entwicklungshilfe kann aber immer nur ein Herumdoktern an Symptomen sein, während wir gleichzeitig eine Kapitalliberalisierung, von der vorhin die Rede war, befürworten, die die Dritte Welt klar benachteiligt. Um dem gegenzusteuern hat der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Tobin eine weltweite Steuer auf Kapitaltransfers vorgeschlagen von 1%. So könnte man die spekulativen Transfers unter Kontrolle bringen und eine Reserve schaffen, um die Schulden der Dritten Welt abzubauen.

Jean-Claude Juncker: Luxemburger Entwicklungshilfe kann nie mehr sein als ein Herumdoktern an Symptomen. Sie hat nicht einmal einen marginalen Wert. Doch da, wo sie ankommt, wird konkret Menschen geholfen.

forum: Das steht außer Frage. Mir geht es um die Ursachen, warum diese Menschen in Abhängigkeit und Armut geraten.

Jean-Claude Juncker: Ich halte die Steigerung der Luxemburger Entwicklungshilfe erstens für notwendig wegen der konkreten Empfänger - wobei der Begriff Hilfe noch schlecht gewählt ist - und zweitens wichtig für uns selbst. Ich habe mal den Satz formuliert, daß durch eine starke Erhöhung unserer Ent-

Wenn man ein weltweites System findet zur steuerlichen Belastung der spekulativen Kapitalbewegungen und wenn man das Produkt in eine weltweit koordinierte entwicklungspolitische Aktion überführt, kann ich das nur begrüßen.

Wer glaubt, mit Wirtschaftswachstum allein die Welt gerechter gestalten zu können, mit Wirtschaftswachstum allein Arbeitsplätze zu schaffen, vergißt, daß man Begleitpolitiken braucht zur Umsetzung des Wirtschaftswachstums, zur Demokratisierung des Wirtschaftswachstums.

wicklungshilfe die Armen auf der Welt nicht viel weniger arm werden, daß die Luxemburger aber vielleicht viel reicher werden. Ich sehe in der Erhöhung unserer Entwicklungshilfe auch eine Wirkung nach innen. Das ist nicht nur als Beruhigung des Gewissens nach außen gedacht.

Doch es stimmt, daß die planetarische Strategie keines Spekulanten dadurch geändert wird. Wenn man ein weltweites System findet zur steuerlichen Belastung der spekulativen Kapitalbewegungen und wenn man das Produkt in eine weltweit koordinierte entwicklungspolitische Aktion überführt, kann ich das nur begrüßen. Sogar wenn man das Geld nicht in eine entwicklungspolitische Aktion einbringt, sondern einfach um mit Hilfe einer Strafsteuer wirtschaftspolitisch nicht berechnete Finanztransfers zu bekämpfen, kann ich das nur befürworten. Ich bin aber dagegen, daß wir das nur in Luxemburg machen oder nur in der Europäischen Union. Wenn wir eine derartige Position aber erarbeiten und sie in den Internationalen Währungsfonds einbringen und sie dort mit den anderen Wirtschaftsblöcken vereinbaren, ist das eine gute Sache.

Im übrigen behaupten die Anhänger der Globalisierung, die Globalisierung sei eine große Chance für die unterentwickelten Länder oder für den osteuropäischen Teil unseres Kontinents, weil die Globalisierung diesen Gebieten auch die Möglichkeit eröffnet, ihre Produkte auch in Richtung konsumstarke Teile der Erde zu exportieren. Das ist auch nicht falsch. Wir sehen in der Globalisierung vorrangig die negativen Effekte für uns: Präkarisierung der Beschäftigungsverhältnisse, wirtschaftliche Schwierigkeiten wegen Zunahme der Konkurrenz, quantitativ und qualitativ, ... Doch wo steht geschrieben, daß die Chinesen nicht auch Geld verdienen dürfen ...

forum: *Dann erhebt sich aber schnell der Vorwurf des sozialen Dumping!*

Jean-Claude Juncker: Eben! Wir Europäer wollen dann zuerst über die Bedingungen verhandeln, zu denen in China produziert wird. Ich unterhalte mich ja regelmäßig mit Asiaten und Osteuropäern. Und die finden diese Haltung verdammt arrogant, weil sie eigentlich sehr leicht beweisen können, daß wir unseren Wohlstand auf Kosten anderer aufgebaut haben, denen wir nun den Zugang zur Mehrung ihres Wohlstands verbieten wollen.

forum: *Es bleibt aber Tatsache, daß reiche Länder wie Großbritannien oder Deutschland sich gegen die Berücksichtigung von Sozialklauseln wie Verbot der Kinderarbeit bei der Welthandelsorganisation (WHO) gewehrt haben.*

Jean-Claude Juncker: Das ist richtig und falsch. Eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten der EU hat sich deutlich für die Einführung von Sozialklauseln im WHO-Vertrag ausgesprochen. Luxemburg noch deutlicher als andere. Es stimmt, daß die britische Regierung dagegen war, wie auch die australische und die neuseeländische, um zwei nicht von Konservativen geführte Regierungen zu nennen, und daß Deutschland zurückhaltend war, ohne sich aber offen dagegen auszusprechen. Wir haben den Vorschlag gemacht - wir

d. h. der Luxemburger Arbeitsminister zusammen mit dem Premierminister von Singapur und den Botschaftern der ASEAN-Staaten, die ich zu dem Zweck gerufen habe -, um im Juni in Genf eine Sitzung der Arbeitsminister der ASEAN- und EU-Länder abzuhalten, um auf der Ebene der Praktiker zu überlegen, wie man beide Welten einander näher bringen könnte. Das scheitert stärker an der Ablehnung der Asiaten als an der Ablehnung der westlichen Industriestaaten. Die Briten haben halt mehr Verbündete in Asien als in der EU.

In der EU haben wir eine Direktive über Kinderarbeit erarbeitet. Das war ein sehr mühseliger Prozeß. Die Augen wurden mir trotz meiner langen Erfahrung riesengroß geöffnet. Die Dänen wehrten sich gegen ein Verbot der Kinderarbeit, die Briten, ... So erreichten wir ein Normenniveau, das kaum über jenem liegt, den die Internationale Arbeitsorganisation ohnedies schon kurz nach dem ersten Weltkrieg erreicht hat. Die Dänen erklärten, die Erdbeerenernte verlange Kinderarbeit. Die Briten sagten, das Austragen von Zeitungen müsse Kindern erlaubt sein. Das tue den Menschen gut, Kinderarbeit sei die Schule der Nation. Mit solchen Sprüchen wurde da operiert. Ich hörte viel Asiatisches um den Tisch herum. Und wir Luxemburger investieren unsere Entwicklungshilfe in Projekte, etwa in Nepal, mit denen versucht wird, Kinderarbeit auszurotten, indem wir alternative Entwicklungsmodelle vorschlagen.

Ich will also sagen, es gibt in Europa eine Mehrheit zugunsten von Sozialklauseln. Es gibt eine integrale Ablehnung der Idee im asiatischen Raum. Wenn bei uns gegen Globalisierung gewettert wird, ist es eher, um uns gegen eine Überschwemmung durch Produkte aus armen Ländern zu wehren als gegen andere negative Folgen.

forum: *Einen wesentlichen Grund, gegen die Globalisierung anzukämpfen, sehe ich aber darin, daß dadurch die Klassengesellschaft in der Dritten Welt noch viel stärker auseinanderdriftet. Die Globalisierung bringt einer verschwindend kleinen Kreis von Leuten in der Dritten Welt Vorteile ...*

Jean-Claude Juncker: Das ist richtig ... aber auch falsch. Denn wenn Reichtum sich in einem Land installiert und von langer Hand angelegte demokratische Meinungsbildungsprozesse stattfinden, dann besteht zumindest die Chance, daß die Verhältnisse sich ändern.

Eigentum verpflichtet

forum: *Ich habe meine Zweifel, ob das Wirtschaftswachstum allein tatsächlich die sozialen Wirkungen zeitigt, die von ihm erwartet werden.*

Jean-Claude Juncker: Nein, die Illusion habe ich nie gehabt. Wirtschaftswachstum an sich ändert nichts. Wirtschaftswachstum schafft nur die Voraussetzungen, daß Änderungen greifen können. Wer glaubt, mit Wirtschaftswachstum allein die Welt gerechter gestalten zu können, mit Wirtschaftswachstum allein Arbeitsplätze zu schaffen, vergißt, daß man Begleitpolitiken braucht zur Umsetzung des Wirtschafts-

wachstums, zur Demokratisierung des Wirtschaftswachstums. Wirtschaftswachstum allein profitiert immer nur einer Minderheit. Es braucht die Gesellschaft, es braucht die Politik, es braucht breite Meinungsströme, um die Effekte des Wirtschaftswachstums zu demokratisieren (umzuverteilen).

forum: In Europa stellt man zur Zeit ja das umgekehrte Phänomen fest: In Deutschland bezahlen große Betriebe immer weniger Steuern, BMW läßt sich gar vom Steueramt Steuergelder zurückzahlen, der Staatshaushalt kennt immer größere Probleme, die kommunalen Kassen sind zum Teil ganz leer, wie in Frankfurt trotz allen Banken ...

Jean-Claude Juncker: Die haben auch unnütz Geld ausgegeben ...

forum: Das mag sein, doch die Transfers zur öffentlichen Hand hin nehmen ab ...

Jean-Claude Juncker: Das ist richtig und das ist der Grund, warum ich nachdrücklich für eine europäische Steuerharmonisierung plädiere: Kapitalbetriebe bringen es nämlich dank Liberalisierung der Kapitalbewegungen fertig, sich dort besteuern zu lassen, wo keine Steuern zu zahlen sind. Und in dieser Hinsicht haben die Holländer unendlich mehr Talent als Luxemburg. Daher ist die Diskussion über eine europäische Steuerharmonisierung nicht nur eine Diskussion über eine Kapitalertragssteuerharmonisierung, sondern über eine Harmonisierung der allgemeinen Steuern. Mit Nachdruck muß in Europa mit derselben Begeisterung über eine Harmonisierung der Betriebs-, Gesellschafts-, Unternehmens- oder Körperschaftssteuern geredet werden wie über eine Besteuerung der Zinserträge. Es macht mir Sorgen, daß die *entreprise citoyenne* immer mehr verschwindet, weil die wirtschaftliche Aktivität losgelöst von gesellschaftspolitischen Finalitäten betrachtet wird. Wirtschaft ist doch kein Selbstzweck. Wirtschaft findet statt, damit in einem bestimmten Raum eine bestimmte Anzahl Menschen in Würde leben können. Wer diese Finalität ausklammert und Wirtschaft um sich selbst drehen läßt, der kommt zu perversen Phänomenen: Vor 20 Jahren hätte wahrscheinlich den Preis des besten Managers in der EU jener erhalten, der am meisten Arbeitsplätze geschaffen hatte. Heute erhält ihn jener Manager, der es ohne viel Lärm fertiggebracht hat, viele Arbeitsplätze abzuschaffen. Es ist doch eine exzellente Perversion unserer Zeit, daß die Börse in en USA negativ reagiert, wenn die Arbeitsmarktzahlen positiv sind. Dieser ungebremste Vormarsch der sog. *pensée unique qui déferle sur l'Europe*, die Chirac in seinem Wahlkampf mal richtig analysiert hatte, die als tüchtigsten Betrieb den schlanksten Betrieb hinstellt, der kaum noch Leute beschäftigt und trotzdem gute Resultate erwirtschaftet, die er womöglich nicht besteuern läßt, wird zu schlimmen Implosionen in unserer Gesellschaft führen und zur Ablehnung dieser Form von Wirtschaftspolitik. Normale Menschen finden sich in einer solchen Welt nicht mehr zurecht. Die Leute werden irre daran.

forum: Aber ist die Macht der Wirtschaft nicht mittlerweile so groß, daß letztendlich keine Chance mehr

besteht, von politischer Seite zu intervenieren? Die europäische Wirtschaft hat ja noch die Möglichkeit, nach draußen zu gehen und den Laden hier dicht zu machen.

Jean-Claude Juncker: Wir reden jetzt von den Schulen des Wirtschaftsverhaltens, die sich loslösen von jeder gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, die sich nicht mehr dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen. Wir Christdemokraten sagen immer: Eigentum verpflichtet. Und so sehe ich das auch. Da bin ich schon ein Mann der christlichen Soziallehre. Eigentum hat man nicht für sich allein. Es gibt aber auch viele Anhänger, auch in Kreisen der Wirtschaft, die zurückfinden möchten zur Finalitätsverpflichtung der Wirtschaft. Es gibt auch in Luxemburg Betriebe, die einen Beschäftigtenstand halten, der größer ist als notwendig, weil sie den einfachen Weg des Personalabbaus nicht gehen wollen. In der japanischen Wirtschaft - die wir ja gerne als tigerartig erleben - werden keine Menschen entlassen. Da gibt es lebenslange Beschäftigungsverhältnisse. Daher kritisieren Liberale den



Guy W. Stoos
in: Gréngespaun 3.5.1996

japanischen Arbeitsmarkt als zu rigide. Trotzdem liegt die Arbeitslosenquote unter 3%. Das bedeutet, daß wenn eine Gesellschaft mittels Teilen - das können wir ja nicht mehr in unserm Lande - möglichst viele Arbeitsplätze erhalten will, dann kann sie das auch. Und die Wirtschaftslobby in Japan ist ja eher ausgesprochen stark.

Es ist trotzdem richtig, daß unsere europäische Wirtschaft in offener Konkurrenz steht zu Wirtschaftskräften aus Räumen, die ordnungspolitisch überhaupt nicht verfaßt sind. Darauf muß man Antworten



Guy W. Stoos
in: GréngeSpoun 10.5.1996

formulieren. Solche Antworten liegen in einer Steigerung der Produktivität, in einem schnellen Umsetzen von Forschungsergebnissen. Damit tun sich die Europäer außergewöhnlich schwer: Es dauert hier dreimal länger, bevor eine Erfindung ihren Weg in die industrielle Produktion gefunden hat als in Japan oder in anderen asiatischen, neuindustriellen Staaten. Ich will nicht sagen, wir seien schlechter geworden als früher, die anderen sind nur besser geworden als sie früher waren. Die Konsequenzen dieses Tatbestands muß man akzeptieren. Wo steht, daß Reichtum, Wohlstand und Zufriedenheit exklusiv für Europa bestimmt sind. Wer könnte die Inder oder die Chinesen daran hindern, in den nächsten zwanzig Jahren ihren Lebensstandard zu verdoppeln? Ist die Tatsache, daß Indien und China morgen die größten Wirtschaftsblöcke der Welt sein werden, ein Grund, beide daran zu hindern, sich nach oben zu mausern? Das kann ich nicht nachvollziehen. Wenn wir in Europa dadurch ein bißchen Wohlstand einbüßen, ist uns doch noch nichts geschehen.

forum: Die Frage ist nur, wer Einbußen hinnehmen muß!

Jean-Claude Juncker: Ich sehe das schon als gleichmäßigen Prozeß. Es gibt ja auch bei uns noch arme Leute. Sogar viele!

forum: Wir meinen ja auch, daß dann ein gesamtgesellschaftlicher Umdenkungsprozeß einsetzen muß. Wenn Sie Japan mit weniger Arbeitslosigkeit anführen, andererseits aber sehen, daß die in Europa vielgepriesene Freizeitgesellschaft in Japan gar nicht

denselben Stellenwert hat, d. h. die Menschen sind dort mit ihrem Job verheiratet bis in den tiefen Abend hinein, dann bedeutet das eine völlig andere Mentalität ...

Jean-Claude Juncker: Ich meine nur, daß Europa Abstand nehmen muß von seiner Arroganz in der Analyse, das europäische Sozialmodell sei in allen Punkten allein das richtige. Ich behaupte, es ist in den Grundzügen richtig und - im positiven Sinn des Wortes - in seiner sentimental Dimension. Man muß aber auch bereit sein, sich umzusehen, was anderswo in der Welt geschieht, und bereit sein, sich zivilisatorisch daran zu inspirieren, was bei anderen geschieht. Nun bin ich nicht der Meinung, daß das japanische Modell oder das amerikanische Modell - das schon gar nicht - importfähig wären in Europa. Doch die Tatsache, daß auch der japanische Arbeitnehmer findet, daß er eine gesellschaftliche Aufgabe wahrnimmt und nicht nur für sich selbst arbeitet, muß einen doch zum Nachdenken bringen. Ich finde zwar, daß die Japaner das maßlos übertreiben und zwar auf Kosten der Substanz des Lebens, des kollektiven Lebens. Bei uns aber gibt es immer mehr Menschen, die finden, daß die Arbeit bei der Freizeitgestaltung hinderlich ist, weil sie die Freizeitgestaltung als der Arbeit übergeordneten Wert ansehen. Ich bin eher der Meinung beides sei gleichwertig. Ich bin aber nicht einverstanden mit einer Welt, in der man nur lebt, um zu genießen (*sech et gutt goe loossen*), ohne Rücksicht auf das, was den anderen Menschen geschieht.

Nun bin ich auch ein religiöser Mensch, selbst wenn ich davon nie rede, weil ich das undezent finde. Doch ich finde, wenn man kraft der Schöpfung über eine Reihe von Talenten verfügt, hat man kein Recht die nur für sich selbst zu gebrauchen. Und wenn ich das laizistisch ausdrücke, sage ich: man ist als einzelner auch dem Gemeinwohl verpflichtet, auch als Schaffender darf es mir nicht nur darum gehen, meinen privaten Wohlstand zu mehren und freizeitmäßig maximal für mich umzusetzen. Wir müssen also eine alte luxemburgische und europäische Tugend neu entdecken und den Mut zum Teilen wieder aufbringen. Viele Beschäftigungskrisen sektorieller oder regionaler Natur sind durch Teilen zu beheben. Ich habe vor kurzem gesagt, ich sei überzeugt, daß viele Beschäftigte in Luxemburg einverstanden wären, auf Lohnzuwachs zu verzichten, wenn der Arbeitgeber die überprüfbare Garantie liefert, daß dadurch Arbeitslose einen Job finden. Daran glaube ich. Nun hat ein Unternehmen eine anonyme Umfrage bei ihren 28 Beschäftigten veranstaltet, um zu wissen, ob sie mit diesem Satz aus meinem Interview einverstanden wären. 28 Beschäftigte antworteten anonym, sie seien damit nicht einverstanden. Es handelte sich um einen Betrieb, in dem Spitzengehälter bezahlt werden. Ich bin überzeugt, daß wenn man die Umfrage bei Villeroy & Boch veranstaltet, wo die Leute Kurzarbeit haben und die Arbeiter dadurch im Monatsdurchschnitt 8000 Franken verdienen, würde ein Ja herauskommen. Das führt mich dazu zu sagen: *Le Luxembourg qui gagne* ist nicht unbedingt da zu suchen, wo er sich selbst sieht.

forum: Damit kommen wir zum Thema Arbeitsmarkt. Wir leben in Luxemburg mit offenen Grenzen, auf ei-

nem sehr kleinen Territorium. Ist da eine nationale Arbeitsmarktpolitik noch sinnvoll?

Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik

Jean-Claude Juncker: Wir haben keine nationale Arbeitsmarktpolitik. Wir haben eine Arbeitsmarktwirklichkeit einer Großregion. In den Räumen, die an unsere Grenzen stoßen, ist die Arbeitslosigkeit unendlich größer als bei uns: 14,3% im Saarland, 17% in Wallonien (in der Provinz Luxemburg aber nur 8%: da merkt man schon den Beitrag Luxemburgs), ... Ich behaupte aber: Wir brauchen mehr nationale Elemente in der Arbeitsmarktpolitik. Das meine ich nicht populistisch. Ich finde es wichtig, wenn man Arbeit anzubieten hat, daß man sich dann bemüht, daß die Menschen vor der eigenen Haustür, ob Luxemburger oder nicht, nicht prinzipiell ausgesperrt werden. Das ist kein Plädoyer gegen die Grenzgänger. Meine Sorge ist nur, daß auch Menschen, die in diesem Lande wohnen, das Recht behalten, Anschluß an den hiesigen Arbeitsmarkt zu finden und nicht weggeschwemmt zu werden, nicht durch Grenzgänger, aber durch Arbeitgeber, die Grenzgänger bevorzugen, weil die in ihren Lohnerwartungen deutlich unter dem Luxemburger Niveau liegen.

forum: Ist das nicht auch eine Frage der Qualifikation? Wenn ich als kleiner oder mittlerer Unternehmer im nahen Ausland einen fertig ausgebildeten Arbeitnehmer finde, wenn ich zudem nicht durch einen Kollektivvertrag gezwungen bin, in Weiterbildung zu investieren, so daß der Bewohner dieses Landes immer weniger an den Arbeitsmarkt angepaßt ist, während draußen die Menschen immer weitergebildet werden, ...

Jean-Claude Juncker: Es ist schon richtig, daß wir in exorbitanten Maßen von den Anstrengungen des Auslands profitieren, in vielerlei Hinsichten. Das hören die Luxemburger nicht gern. Wenn ich rechne, wieviele Milliarden wir durch billigeres Benzin einnehmen, wieviele Milliarden durch die Nichtbesteuerung von Kapitalgewinnen in Luxemburg an Steuermitteln anfallen, dann kann ich das nicht als ethische Spitzenleistung betrachten. Das muß man in der Tat langsam ändern, denn eine Gesellschaft kann nicht ihren Wohlstand auf Dauer auf eine derartige Nischenpolitik aufbauen. Und das Ausland bildet schrecklich viele Arbeitnehmer aus, die bei uns arbeiten. Und es bildet alle jene aus, die sich als Intelligentsia des Landes betrachten, weil sie im Ausland studiert haben. Jeder Premierminister, der nach Luxemburg kommt, stellt mir die Frage, was wir denn bezahlen wollen für die jungen Menschen, die wir gratis in Belgien, Frankreich, Österreich oder der Schweiz ausbilden lassen. Wir nehmen ja gar nicht zur Kenntnis, wieviele Studierende das Ausland für uns ausbildet, während wir uns doch sehr nahe an einem ausländerfeindlichen Diskurs bewegen.

forum: Warum baut denn Luxemburg keine eigene Universität auf?

Jean-Claude Juncker: Weil ich mit einem unbegrenzten Fanatismus gegen eine luxemburgische Universität bin, weil ich Angst habe vor der Betriebsblindheit junger Luxemburger, die nicht mindestens vier Jahre im Ausland studiert haben. Ich fürchte den akademischen Inzest.

Doch es stimmt nicht, was Sie über die Grenzgänger sagen. Die meisten Grenzgänger, die bei uns eingestellt werden, sind nämlich unqualifiziert. Die bringen kein Ausbildungsgepäck mit, das größer wäre als jenes der Luxemburger, die keine Arbeit haben. Viele Arbeitgeber vor allem in kleinen Betrieben stellen Grenzgänger ein, weil die billiger sind, und weil viele Luxemburger Arbeitnehmer die angebotene Arbeit gar nicht verrichten wollen. Und das hat etwas mit der Würde der Arbeit zu tun. Wir meinen, da die Sonne 30 Jahre lang geschienen hat, wohl zu stark für verschiedene, bestimmte Arbeiten seien unser nicht würdig. Das ist ein reales Problem. Wir müssen wiederentdecken, daß jede Arbeit in einer Wirtschaft ihren eigenen Wert hat. Es gibt keine Hierarchie in der Arbeit. Das ist eine meiner fundamentalen Überzeugungen. Sobald eine Arbeit anfällt, die getan werden muß, hat sie denselben Wert und jener, der sie ausübt, dieselbe Würde wie die sogenannten bessergestellten Arbeitnehmer.

forum: Es muß sich also wieder lohnen, einer bezahlten Arbeit nachzugehen.

Jean-Claude Juncker: Wir haben bei der Steuerreform von 1990 die steuerfreien Gehälter stark angehoben. Wir haben einen Eingangssteuersatz von 10%. In der BRD feiert man heute, daß man den Eingangssteuersatz auf 15% senken will. Bei uns gehören einkommensschwache Arbeitnehmer eigentlich gar nicht zu den Steuerzahlern.

Ich bin auch deswegen der Meinung, daß man mehr nationale, oder besser: mehr binnenmarktorientierte Elemente in der Beschäftigungspolitik braucht, weil ich spüre, wenn die Lage sich auf unserem Arbeitsmarkt weiter verschärft, daß dann ganz rapide eine ausländerfeindliche Diskussion ausbricht. Und ich habe ein sehr feines Gespür für derartige Tendenzen. Meine Korrespondenz ist ein sehr guter Spiegel dafür.

forum: Ist nicht auch das Schulsystem eine der nationalen Möglichkeiten, um auf den Arbeitsmarkt einzuwirken? Rund die Hälfte der Jugendlichen verlassen die Schule in Luxemburg ohne Abschlußdiplom. Andererseits hat Luxemburg den geringsten Prozentsatz an Hochschulabsolventen in der EU im Verhältnis zur Bevölkerung. Wird der Reichtum, den unsere Bevölkerung als solche darstellt, genügend gefördert, um der Flexibilität und den neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes besser gerecht zu werden?

Jean-Claude Juncker: Auch in Deutschland gibt es diese Inadäquation zwischen Ausbildung und Anforderungen des Arbeitsmarktes. Auch dort werden viele Stellen in der Privatwirtschaft nicht besetzt, weil es die qualifizierten Menschen nicht dort gibt, wo sie gebraucht werden.

Vor 20 Jahren hätte wahrscheinlich den Preis des besten Managers in der EU jener erhalten, der am meisten Arbeitsplätze geschaffen hatte. Heute erhält ihn jener Manager, der es ohne viel Lärm fertiggebracht hat, viele Arbeitsplätze abzuschaffen.

forum: *Müßte denn Luxemburg nicht gerade in dieser Hinsicht seine Vorteile präziser ausspielen?*

Jean-Claude Juncker: Auf jeden Fall. Ich gebe aber zu, daß ich ein Ignorant in Sachen Bildungspolitik bin. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Schule noch andere Finalitäten hat, als nur Wirtschaftsroboter herzustellen. Zweitens meine ich, daß bei bestem Wissen und Wollen die Schule nie *just in time* reagieren kann auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts.

Aber in der Weiterbildung müssen wir gewaltige Anstrengungen unternehmen. Der Anteil der Lohnmasse, den Luxemburger Betriebe für Weiterbildung ausgeben, ist der niedrigste in Europa. Wir bringen daher ein Gesetz auf den Instanzenweg, um die Weiterbildung anzukurbeln und die Betriebe anzustacheln, mindestens 3% der Lohnmasse in die Weiterbildung zu investieren. Tun sie das, richten wir staatliche Begleitinstrumente auf, die 1,8 Milliarden im Jahr kosten werden, da wir der Meinung sind, daß Weiterbildung eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft. Im Ausland wird das übrigens nicht so gesehen. Da gilt Weiterbildung als alleinige Aufgabe der Wirtschaft. In diesem Lande wird nur verbal gefordert, der Staat müsse sich heraushalten. Tut er es, läuft einfach nichts. Das ist freie Marktwirtschaft in Luxemburg.

Im übrigen geschieht auch schon einiges, auch wenn darüber nicht viel geredet wird. Von den 6500 Arbeitslosen sind immerhin 700 in Ausbildungskursen, 900 gehen einer Arbeit nach, während der ihnen Ausbildungselemente vermittelt werden, 1040 Arbeitnehmern bietet der Staat eine Zusatzausbildung an, obschon sie noch beschäftigt sind, doch sie riskieren ihren Arbeitsplatz in absehbarer Zeit zu verlieren und können sich so für die Zeit nach dem Verlust der Arbeitsstelle qualifizieren. Über den Weg der Schule allein kann man eine Adäquation zwischen Berufseignung und angebotenen Arbeitsplätzen nicht erreichen, aber Weiterbildung halte ich schon für eine wichtige Sache.

forum: *Ein anderes Mittel, um auf den Arbeitsmarkt einzuwirken ist auch die Steuerpolitik im umfassenden Sinn des Wortes, also Sozialabgaben inbegriffen. Wenn man versucht, die Lohnnebenkosten und andere die Arbeitskraft belastende Taxen zu reduzieren, und an deren Stelle eher Energie oder Wertschöpfung taxiert, fördert man auch die Einstellung von Arbeitskräften.*

Jean-Claude Juncker: Das ist die Politik meiner Regierung. Es fällt nur nicht auf. Zusammen mit Dänemark hat Luxemburg in Europa seine soziale Sicherheit am stärksten fiskalisiert, d. h. daß die Lohnnebenkosten am niedrigsten sind. Das ist gerade ein Grund für die kontinuierliche Arbeitsplatzmehrung auf dem Luxemburger Arbeitsmarkt. Das hat übrigens Dänemark nicht daran gehindert, trotzdem 12% Arbeitslose registrieren zu müssen. Die Theorie, daß niedrige Lohnnebenkosten automatisch zur Wiederbelebung des Arbeitsmarktes führen, wäre also auch noch zu überprüfen, aber das sei mal dahingestellt. Ich finde es in der Tat richtig, daß man nicht zu große

Teile des Staatswesens und des Sozialwesens über die Besteuerung der Früchte der Arbeit finanzieren soll. Man soll daher Arbeit nicht verteuern, da sie selten wird, sondern man soll sie verbilligen in ihren Nebenkosten, nicht in ihren Nettolohnelementen. Das tun wir in der Tat. Wir finanzieren z. B. die neue Pflegeversicherung nicht über Sozialabgaben, sondern über eine solidaritätssteuerähnliche Maßnahme, die alle Einkommen, nicht nur Arbeitseinkünfte, erfaßt, also z. B. auch Mieterträge, Kapitaleinkünfte usw. Das ist erstmalig, daß wir einen solchen Weg in Luxemburg beschreiten und erstaunlicherweise wird darüber kaum diskutiert. Und die Betriebe belasten wir nicht als Arbeitbeschaffer, sondern als Energiekonsumenten. Bei der Diskussion über die Finanzierung der Krankenkassen waren Arbeitgeber und Gewerkschaften sich einig geworden, die Sozialbeiträge zu erhöhen. Die Regierung konnte die Erhöhung in ihrer vollen Breite vermeiden, indem andere Instrumente herangezogen wurden, und zeigte so, wie Patronat und Gewerkschaften es eigentlich zur Vermeidung einer Erhöhung der Lohnnebenkosten hätten tun müssen. Daher hat auch dieser Erfolg der Regierung in der Presse kaum Beachtung gefunden. Unsere Politik ist und wird immer mehr sein, gegen den Widerstand breiter Bevölkerungskreise, Energie stärker steuerlich zu belasten. Es gibt keinen anderen Weg. Arbeit ist rar und Energie wird zu sehr vergeudet. Daraus resultiert für die Steuerpolitik der doppelte Imperativ, daß Arbeit entlastet und der Energieverbrauch belastet werden muß. Da kommen auch noch europäische Vorgaben, an denen wir uns inspirieren werden, ohne den Benzinpreis nun auf 100 Franken zu erhöhen, denn das wäre unsozial.

Pressehilfe und Kulturpolitik

forum: *Eine Frage zur Presse: Wie sieht denn in Ihren Augen unabhängige und kritische Presse aus, die Sie erneut beim Neujahrsempfang gefordert haben?*

Jean-Claude Juncker: Ich weiß das nicht.

forum: *Ist denn die Pressehilfe nicht ein Debakel, das dazu führt, daß wirklich freie und unabhängige Presse verhindert wird?*

Jean-Claude Juncker: Nein, ich sehe die Pressehilfe wirklich nicht als Instrument zur Knebelung der Meinungsvielfalt der Presse.

forum: *Aber sie führt dazu, daß viele Organe aufrechterhalten werden, die nichts an kritischer Substanz beinhalten.*

Jean-Claude Juncker: Das ist richtig, aber ich weiß nicht was kritische Substanz ist. Kritische Substanz ist es nicht, den Staatsminister zu kritisieren. Tatsache ist aber, daß jene Presseorgane, die nicht ohne Pressehilfe auskommen, die einzigen sind, die den Staatsminister systematisch kritisieren. Ich finde, Zeitungsprodukte - ein schlimmes Wort - sind keine Waren wie andere. Man kann das freie Spiel der Marktwirtschaft auf diesem Gebiet sich nicht austoben lassen, sonst gäbe es nur zwei Zeitungen in diesem Lande. Und ich wäre nicht froh, wenn es nur das *Luxemburger Wort* und eine andere Zeitung gäbe, die

Unsere Politik ist und wird immer mehr sein, gegen den Widerstand breiter Bevölkerungskreise, Energie stärker steuerlich zu belasten. Es gibt keinen anderen Weg. Arbeit ist rar und Energie wird zu sehr vergeudet.

nicht unbedingt das *tageblatt* wäre. Die Gedankenfamilien in einer Gesellschaft sollen sich aber auf irgendeine Weise ausdrücken können, gerade weil sie manchmal nur minoritäre Meinungsströme darstellen. Wenn wir einen Einheitsbrei im Pressewesen hätten, würde m. E. die gesellschaftspolitische Qualität der öffentlichen Debatte starke Einbußen erleiden. Wir haben daher ein Gesetzesprojekt vorbereitet, das die Pressehilfe relativ massiv erhöhen wird, weil ich finde, daß der Pluralismus einen Preis hat. Das ist aber allerdings keine orthodoxe Art und Weise, den Meinungspluralismus zu erhalten, denn das Bedürfnis nach Meinungspluralismus ist gar nicht so ausgeprägt wie man meinen könnte. Ansonsten müßten nämlich verschiedene Presseorgane einen größeren Absatz finden. Das ist aber keine Ursache, ihn staatspolitisch total ins Abseits zu bringen. Ich finde schon, daß die Qualität der Regierungspolitik sich durch die Kraft des Widerspruchs verbessert. Daher ist sie so schlecht.

forum: Wir sprachen von der sozialen Kohäsion. Ist in Zusammenhang mit der Pressehilfe nicht auch gezielter vorzugehen, damit die Presse den Einwohnern, die nicht des Deutschen und Luxemburgischen mächtig sind, entgegenkommt, um die nationalen Realitäten besser zu verstehen?

Jean-Claude Juncker: Das ist eine sehr wichtige Sache. In Gesprächen mit dem RTL-Fernsehen verhandele ich darüber, damit - nicht über den Weg von speziellen Ausländersendungen, die ich immer als irgendwie beleidigend und minderheitenverstärkend empfinde - sondern über den Weg eines doppelten Kanals die bestehende einstündige Sendung, deren Qualität ich nicht kommentieren will, auch auf französisch empfangen werden kann. Ich finde es integrationspolitisch einfach wichtig, daß die hierzulande wohnenden Ausländer die hiesige Aktualität in einer ihnen verständlichen Sprache verfolgen können. In diesen Block sollte dann ein paarmal in der Woche ein Ausländerthema eingebaut werden. Daneben gibt es eine Reihe von Veröffentlichungen wie *Contacto*, die gefördert werden sollen. Ich habe vor wenigen Tagen beschlossen, daß Regierungsbeschlüsse, die für die portugiesische Gemeinschaft wichtig sind, auch in portugiesischer Sprache als *Avis officiel* in dieser Zeitschrift inserieren zu lassen. Das bringt diesen Veröffentlichungen dann auch entsprechende Einnahmen. Eine solche, indirekte Pressehilfe macht m. E. Sinn angesichts ihres Leserkreises.

forum: Eine letzte Frage zu den Megabauten für die Kultur. Ich halte es für sehr gefährlich, wenn man einerseits kulturpolitisch sehr herunterfährt und auch Personal einspart und andererseits ...

Jean-Claude Juncker: Das sehe ich nicht, denn das Kulturbudget hat sich in den letzten drei Jahren verdreifacht.

forum: Ja, aber die Bauten, die kommen, werden Betriebskosten mit sich bringen, die in meinen Augen gar nicht mitbedacht sind, und dann kommt die Gefahr, daß ein Bau allein kein Museum ausmacht. Und der Trugschluß wird immer wieder nach außen getragen, als sei das Wichtige die Architektur als solche. Das wird nicht funktionieren in meinen Augen.

Jean-Claude Juncker: Ich bin da einer leicht anderen Meinung. Ich finde, daß eine architektonische Spitzenleistung an gegebenem Ort - damit sind nicht die Drei Eichen gemeint, sondern die Stadt Luxemburg - einen Wert an sich hat, weil sie etwas aussagt über den Zustand einer Gesellschaft, die nicht einfach ihre Geldmittel in kurzfristige Tageskonsumgeschäfte investiert, sondern auch mal längerfristige Anlagen macht und einer Stadt ein bestimmtes Gesicht verleiht. Unsere Generation hat ja noch nichts Derartiges hinterlassen. Damit will ich nicht in die Fußstapfen von Mitterand treten. Es müßte auch bekannt sein, daß ich mich nie derart mit diesem Projekt identifiziert habe. Ich will nur, daß es realisiert wird.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß das eine Offerte für die Zukunft ist, daß das Leute nach Luxemburg bringen kann, denn in Metz und Saarbrücken und Trier stehen anziehendere Architekturbauten als bei uns. Doch für die Leute, die heute leben, ist es sicher wichtig, was rundum und im Museum geschehen wird. Ich bin eigentlich stärker begeistert für den architektonischen Bau mit allen seinen Virtualitäten als für ein Museum für zeitgenössische Kunst, denn das wird, wenn es soweit sein wird, auf die größte Ablehnung stoßen. Ich möchte schon, daß in diesem Museum - an diesem Ort oder anderswo - auch Volk sich ereignet. Das ist nicht meine Aufgabe in der Regierung, doch ich möchte nicht, daß wir 'was Schönes bauen, das nachher nichts mehr mit den Menschen zu tun hat. Da gibt es ja aber sicher Möglichkeiten, das zu bewerkstelligen.

Ich habe das erste Museumsprojekt sehr stark reduzieren lassen. Das war mein Streit mit diesem Projekt. Das hat mir den Vorwurf des kulturellen Banalens von Seiten der Besserwissenden und Besserverdienenden eingebracht. Manchmal muß man auch Projekte durchbringen, die abgelehnt werden.

forum: Die Ablehnung kommt von einem mangelnden Interesse in der Bevölkerung für die Etablierung einer adäquaten Sammlung ...

Jean-Claude Juncker: Das beruht auf fünfzig Jahren fehlgeschlagener Kulturpolitik!

Ich finde, Zeitungsprodukte - ein schlimmes Wort - sind keine Waren wie andere. Man kann das freie Spiel der Marktwirtschaft auf diesem Gebiet sich nicht austoben lassen, sonst gäbe es nur zwei Zeitungen in diesem Lande.